

zung der Nazipolitik der Brüningregierung — das fordert Herr Breitscheid, während seine Thesen eine „Kampfsatzung“ gegen den Nazifreund Groener den bezogenen SPD-„Arbeitern“ vorzulegen. Es ist die freie Wiederholung des Manövers, das die SPD durch Breitscheid steuern ließ, als Groener seinen berühmten Naziferb bekanntgab, der den Führern die Tore der Reichswehr auch offiziell erschloß.

Als aber die Kommunisten im Reichstag Herrn Groener die Duldung ausstießen durch ihr Misstrauen, wurde die SPD-Fraktion, Herr Breitscheid an der Spitze, geschlossen dagegen. Die SPD sprach dem Nazifreund Groener ihr Vertrauen aus, mit dem ausgerüstet derselbe Groener seine Nazipolitik konsequent und ungehindert fortsetzen kann.

Hört es, sozialdemokratische Arbeiter! Hört es, Arbeiterkämpfer! Hört es, Jungsozialisten! Das sind eure Führer, die vorgehen, gegen die Nazis einen „Kampf“ zu führen! Das sind die Führer der „Eisernen Front“, die angeblich den Bolschewismus niederrücken will!

Wird eure Front, sozialdemokratische Arbeiter? Wird auch eure Meinung, Reichsbannerkameraden? Nie und nimmer! Ihr seid der Meinung, daß man den Nazifaschismus mit aller Kraft niederringen und brechen muß. Das könnt ihr aber nicht mit den Führern, die in einer Front mit dem Nazibüchse Groener stehen. Das könnt ihr nicht mit den Führern, die auch in die „eiserne“ Hindenburgfront zwingen wollen. Das könnt ihr nur in roter Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei, durch Schaffung des roten Massenfrontkämpfers.

Ihr könnt ihr auch erkennen, daß jede Unterstützung der Brüningregierung, ebenso wie die Wahl Hindenburgs nur Hilfestellung war und ist für die Schrittmacher derselben Nazis, gegen die man einen Kampf vorantreiben muß, um gleichzeitig insgeheim die Voraussetzungen für die Weiterführung des fortschrittlichen Kampfes auszubauen. Die neuen braunen Kadaverpläne der Unternehmern sind die Grundlagen für das stärkere Heraufziehen der Nazis. Und diese Grundlage gilt auch für die SPD-Führer.

Das gleiche gilt für Brüning, das gleiche gilt für Sachse, jede Unterstützung kapitalistischer Regierungen des „Nationalen Heils“ führt euch weiter in die Klauen des größten Heils. Der Aufrechterhaltung und Verschärfung der fortschrittlichen Diktatur des Kapitals!

Augen auf, Proletariat! Nur eine Front kann den Faschismus schlagen, nur eine Front kann den Terrorkurs der herrschenden Klasse brechen, die rote Einheitsfront, deren Vorsitzendein und Organisatorin allein die kommunistische Partei ist, kann und wird der Unterdrückung und Terrorisierung der Arbeiterklasse ein Ende bereiten! Und nur mit dieser Front könnt ihr marschieren zum Kampf „Klasse gegen Klasse“ in den Tagesschlachten gegen Vehm- und Unterdrückungsabkommen am 18. April zur Präsidentschaftswahl und am 17. April zum roten Volksentscheid in Sachsen.

Arbeiterjugend mit Thälmann

Werbeergebnisse des KJVD Sachsen bis Ende Februar 1932

Der kommunistische Jugendverband hat bei der Durchführung der Reichspräsidentenwahl bei der Mobilisierung der Massen der Arbeiterjugend für Thälmann zum Kampf gegen imperialistischen Krieg für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die fortschrittlichen Anschläge, Verbots- und Unterdrückungsmassnahmen der Brüninger und Schied mit Massenausbeute für den KJVD gearbeitet. Es wurden erreicht:

666 Neueinsteiger, davon 240 junge Betriebsarbeiter, 8 neue Betriebszellen.

In den letzten Tagen wurde im Betrieb Spamer, Leipzig, ein Einheitskomitee der Jugendlichen gegen imperialistischen Krieg zum Kampf gegen den Lohnabbau, gegen den eigenen Untertänigkeit geschaffen. In diesem Kampfausschuss befinden sich neben drei unorganisierten Jugendlichen ein Jungkommunist, ein SAler und ein junger Sozialist.

In der 3. Betriebschule in Leipzig wurden in den Klassen als Antwort auf die Unterdrückung der politischen Betätigung an den Betriebschulen 12 revolutionäre Schulunterrichtskomitees geschaffen. Die jungen Erwerbslosen stehen mit in erster Reihe. In Leipzig wurden 2 Jugendwerkbüroverfassungen geschaffen, Stadteil 8, 60 Jugendliche, Stadteil 9 14 Jugendliche.

Nur im Kampf um Arbeit und Brot, im Kampf um den revolutionären Ausweg für den Sozialismus wird die rote Einheitsfront der arbeitenden Jugend formiert. Jungarbeiter aus den gegnerischen Organisationen erkennen mehr und mehr, daß der KJVD die einzige Massenorganisation des Jungproletariats ist. Unter den 666 Neueinsteigern befinden sich 31 SAler, 8 Reichsbannerjungarbeiter, 7 SAler, 2 Stahlhelmer, 1 Jungdo, 2 SA-Leute.

Die Jugendkämpfe und -werbemethoden gegen imperialistischen Krieg und Faschismus und Reaktion werden den KJVD Sachsen auf seinem Festsitz finden, ebenso wie der 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen und der rote Volksentscheid gegen Schiedadiktatur.

„Krisentongress“ des UDBB vertagt

UDBB-Schwindel-Bankrott. Kampf für Arbeitsbeschaffungsforderungen der SPD

Der Bundesvorstand des UDBB hat den vom 23. März nach Berlin einberufenen außerordentlichen Gesamtkongress auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Vertagung wird verkündeterweise mit dem Budgetkrieg begründet, was zweifellos eine klägliche Ausrede ist. Warum eine Tagung der Gesamtkongressburekraten im Reichstag mit Rücksicht auf den Budgetkrieg vertagt werden muß, ist ein Geheimnis des Bundesvorstandes.

Wir glauben jedoch imstande zu sein, das Geheimnis der Vertagung zu lüften. Es stellt sich nämlich heraus, daß die Diktatur des Reichswirtschaftsrates über Arbeitsbeschaffung, die eine glatte Bankrotterklärung ist von den Gesamtkongressführern im Reichswirtschaftsrat mit unterzeichnet ist. Auf dem „Krisentongress“ beabsichtigten die Reformisten schwingende Reden über Milliardenprojekte für Arbeitsbeschaffung zu halten. Im Reichswirtschaftsrat aber unterzeichneten sie heimlich die Erklärung, es gäbe kein Geld für Arbeitsbeschaffung.

Die Vertagung des „Krisentongresses“ ist nur ein weiterer Beweis, was für ein zynisches Spiel die Gesamtkongressführer mit den Millionen gewerkschaftlicher Mitglieder treiben. Die Herren in den Gesamtkongressbüros irren aber, wenn sie glauben, daß die Arbeiterklasse nicht merkt, wie mit ihrem zynischen Schwindelgebilde verfahren wird. Der neue Arbeitsbeschaffungsschwindel des UDBB wird großen Massen der Gesamtkongressmitglieder die Augen öffnen. Sie werden begreifen, daß man nicht zugleich die Ratserrücktrittsbeschlüsse fassen und für Arbeit und Brot kämpfen kann. Diese Arbeitermassen werden sich die Arbeitsbeschaffungsforderungen der SPD und KJVD zu eigen machen und gemeinsam mit dem KJVD und KJVD-Kollegen für diese Forderungen kämpfen.

Japaner in den Zwidauer Horschwerteln

Die Horschwerte als Kriegswerkstatt für japanischen Imperialismus? Verstärkung der Produktion nach Beschäftigung durch Japaner. Arbeiter, verhindert Kriegsproduktion

Zwidau, 21. März. (Arbeitersprechere)

Vor einigen Tagen führte die Direktion der Zwidauer Horsch-Werke Japaner durch den Betrieb. Was es mit dieser Betriebsbesichtigung durch die Japaner eigentlich auf sich hatte, wurde schon am anderen Tage ersichtlich. Ein Tag nach der Besichtigung ließ man schon in zwei Schichten arbeiten. Ein ungeheures Antreibesystem wurde eingeführt. Was früher zwei Mann leisteten, muß heute in derselben Zeit einer fertig bringen. Es ist ganz offensichtlich, daß die Horsch-Werke mit der Herstellung von Kriegsmaterial für den japanischen Imperialismus betraut worden sind.

Diese neue Bildung eines Arbeiterkorrespondenten bestreitet und unterstreicht die Feststellungen, die wir am Sonntag in der Arbeiterstimme machten. Immer mehr Betriebe werden in die Kriegsproduktion eingereiht. In immer stärkerem Ausmaß produziert Deutschland das Kriegsmaterial mit dem tagtäglich Tausende von christlichen Arbeitern und Bauern durch den japanischen Imperialismus gemordet werden und das gleichzeitig der Vorbereitung des imperialistischen Feldzuges gegen die Sowjetunion dient.

Die SPD aber, die den Arbeitern nichts machen will, daß Deutschland „neutral“ ist, läßt nicht nur die Brüningregierung, die die Kriegslieferungen an den japanischen Imperialismus deckt, sie fördert selbst die Kriegsproduktion und den imperialistischen Krieg, indem sie unter den Arbeitern die schändlichste Lüge verbreitet, daß der Krieg „Arbeit“ bringe. Das tiefste Elend der 7 Millionen Erwerbslosen in Deutschland verleiht die Sozialdemokratie, den Kriegsplänen der imperialistischen Räuber

nachbar zu machen. Der Krieg wird und kann das Volk nicht beschäftigen. Er wird es nur vermehren, so wie der imperialistische Krieg 1914 bis 1918 ein unermeßliches Meer von Toteleuten erzeugt hat.

Arbeiter, denkt daran, wenn heute die Sozialdemokratie, genau wie damals wieder Stimmung für den imperialistischen Krieg machen will.

Reißt euch ein in die Kampffront gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Kriegstreiberei und Kriegslieferanten, sowie alle ihre Helfershelfer. Keinen Hammer, keinen Handgriff für die Kriegsproduktion und Kriegstransporte! Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion und der fortschrittlichen Revolution. Verbindet diesen Kampf mit dem Kampf für eure eigenen Forderungen, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Nur dieser Kampf kann den japanischen Räuber in China ein Ende besetzen und die rechtserhaltenden Kriegskriegler der Imperialisten gegen die Sowjetunion zu Schanden machen.

Mit Agenten des Sozialfaschismus und Renegaten wird nicht verhandelt

Der 1. Mai ist der Kampftag des revolutionären Proletariats unter Führung der KPD

In einer Reihe von Orten verläuft die SPD, die „linke“ Filiale des Sozialfaschismus, gemeinsam mit den brandherdlichen Renegaten den internationalen Kampftag des Proletariats, den 1. Mai, zu neuen betrügerischen Einheitsfrontmanövern zu mißbrauchen. In Berlin fordern sie die KPD, die tagtäglich von ihnen verleumdet und bekämpft wird, auf, am 1. Mai mit ihnen „gemeinsame“ Kundgebungen zu veranstalten. Der einzige Zweck, den die SPD und die Brandherdrenegaten damit verfolgen ist der, sich eine neue Möglichkeit zu verschaffen, die Arbeiter vor dem klaren Erkenntnis des Weges des proletarischen Kampfes abzuhalten und somit der KPD bei der Festlegung von Teilen der Arbeiterklasse auf die Bourgeoisie Hilfsdienste zu leisten. Nur aus diesem Grunde versuchen sie den Arbeitern vorzutäuschen, daß sie für die Einheitsfront des Proletariats und für den proletarischen Klassenkampf sind. In Wirklichkeit versteckt sich dahinter weiter nichts als der Versuch, die Abwanderung der Arbeiter von der KPD in das Lager des revolutionären Klassenkampfes aufzuhalten und die Herstellung und Verbreitung der roten Einheitsfront in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Werkstätten zu hemmen.

Diese Rolle der SPD und der Brandherdrenegate muß von der Arbeiterschaft auf das Schärfste gekennzeichnet werden. Es gibt kein Verhandeln und keine Aussprache, sondern nur den schärfsten Kampf gegenüber diesen Agenten des Sozialfaschismus und der Bourgeoisie.

Der 1. Mai kann nur unter Führung der KPD zu einem wirklichen Kampftag des Proletariats ausgebaut werden. Deswegen fordert die KPD alle Arbeiter und alle Massenorganisationen, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen, auf, unter ihrer Führung zu rufen für einen gewaltigen Aufmarsch zum 1. Mai. In der Vorbereitung und Durchführung dieses Tages muß die kommunistische Partei als revolutionäre Führung an der Spitze stehen.

Für die Agenten des Sozialfaschismus und der Bourgeoisie, die SPD und die brandherdlichen Renegategruppe, gibt es aber nur die eine Antwort, die wir nachstehend als Erwiderung auf einen Brief der Chemnitzer Brandherden veröffentlichten. Der Brief der Chemnitzer Renegategruppe lautet:

Chemnitz, den 8. März 1932.

An Unterbezirksleitung der Kommunistischen Partei, Chemnitz.

Die unterzeichneten Funktionäre verschiedener Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen treten mit dem Erlaunen an die Kommunistische Partei Chemnitz zwecks Durchführung einer gemeinsamen Aufmarschaktion aller politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen am 1. Mai.

Unterzeichnete sehen um so mehr die Notwendigkeit, weil der

Faschismus immer breitere Kreise zieht und mit allen Mitteln versucht, an die Macht zu kommen. Eine Partei allein ist gegenwärtig nicht in der Lage, den Faschismus zurückzudrängen. Ein wirklicher Sieg wird erst erzielt sein, wenn die Arbeiterklasse als geeinte Klasse um proletarische Forderungen, zur Behaltung ihrer Existenz zum Kampf gegen das Unterdrückungsregime übergeht. Das ist die Voraussetzung zum ersten Schritt, um die fortschrittliche Bewegung nicht nur zurückzuführen, sondern günstig zu schlagen.

Der 1. Mai soll und muß in diesem Jahr ein Tag der Einheit aller Proletariat und Arbeiterinnen in diesen Tagen werden.

Wir erwarten deshalb eine Rückäußerung bis zum 15. März darüber, ob ihr bereit seid, diese Forderungen zur Erreichung der proletarischen Einheitsfront zu unterstützen und in einer gemeinsamen Aussprache mit geladenen Arbeiterorganisationen weitere Fragen zu behandeln.

Die Unterbezirksleitung Chemnitz der KPD erwiderte dem folgende Antwort:

Ihr habt uns in einem Brief, den ihr auch an die KPD gerichtet habt, den Vorschlag gemacht, mit euch wegen der Durchführung der Maidemonstrationen in diesem Jahr zu verhandeln. Diesen Vorschlag lehnen wir ab. Die Durchführung der Maidemonstration als einer Kampfbewandlung des revolutionären Proletariats gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und für den Sozialismus, gegen imperialistische Kriegspolitik und Faschismus ist Aufgabe der Chemnitzer revolutionären Arbeiter. Mit ihnen habt ihr nichts zu tun und es besteht daher keine Verantwortung, sich mit euch auf Verhandlungen über die Durchführung der Maidemonstration einzulassen.

Ihr habt bei den Unterschriften unter eurem Brief den Namen von Adolphsen als Arbeiterorganisationen angegeben, jedenfalls um damit den Eindruck zu erwecken, als ob ihr im Namen und im Auftrag von Arbeiterorganisationen in Chemnitz Vorschlag macht. Doch dieses ist nicht der Fall. Es ist uns bekannt, daß ihr nichts anderes seid, als ein politisch benutztes, abgewinkeltes Renegategeschwätz, das versuchen möchte, mit der Sache der proletarischen Einheitsfront und mit der Sache der Maidemonstrationen der revolutionären Arbeiter Geschäft zu machen. daß die Verwendung des Namens von Arbeiterorganisationen durch euch nichts ist, als eine betrügerische Manipulation, die nur an euer Selbstinteresse denkt.

Euren Brief hat u. a. auch Conrad Halla als Vorsitzender des Zimmererverbandes unterzeichnet. Jeder Chemnitzer weiß, daß Halla im Zimmererverband längst abgewickelt hat und auch nicht von einem einzigen Brief ein Wort erhalten würde, im Namen der Zimmerer zu verhandeln. Eine Reihe von Bezirksversammlungen in Halle, Jena, Leipzig und Magdeburg ist nicht mehr worden. Dieses ein Beispiel dafür, daß ihr nicht die geringste Berechtigung habt, im Namen der Chemnitzer Arbeiter zu sprechen und doch darüber den Eindruck zu erwecken, als ob ihr die Sache der Arbeiterbankrott vor den Arbeitern zu vertrittet. Die kommunistische Partei als die Partei der revolutionären Proletariat kann euch die eure Betrugsmaschinen nicht beistimmen und hat daher keine Verantwortung, mit euch zu verhandeln.

Darüber hinaus ist die Durchführung der 1. Mai-Demonstrationen als eine revolutionäre Kundgebung der Chemnitzer Arbeiter nicht möglich zu organisieren mit den Leuten, die eure Briefe unterzeichnet haben. Eine Kundgebung der Arbeiterklasse unter den Forderungen des revolutionären Kampfes gegen Ausbeutung und Kapitalverdiktatur kann nicht gemeinsam durchgeführt werden mit Leuten vom Schlage Halla, die im Interesse der Bertatpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsburekraten und zur Erhaltung ihrer eigenen Stellen revolutionäre Arbeiter aus den Gewerkschaften herauswerfen. Massenaufläufe aus den Gewerkschaften insulieren, ganze Jahreshellen wegen der revolutionären Tätigkeit ihrer Vertretungen auslösen, jede sozialdemokratische Demokratie in den Gewerkschaften mit Füßen treten, und jede andere sozialistische Gewerkschaftsorganisationen werden in den nächsten Kampfen gegen jeden Träuer der revolutionären Arbeit führen. Sie kann nicht durchgeführt werden mit Leuten vom Schlage Bismarck, die wegen offener revolutionärer Schandigung revolutionärer Arbeiterorganisationen aus der kommunistischen Partei, der Partei des revolutionären Proletariats, hinausgeworfen wurden.

Die Maidemonstration in diesem Jahre wird eine Demonstration der revolutionären Arbeiterklasse von Chemnitz sein zum Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und für den sozialistischen Ausweg aus dem Elend des Proletariats und wird eine Demonstration der roten Einheitsfront der Proletariats von Chemnitz sein. Diese Einheitsfront wird geführt und im richtigen Maße formiert durch die kommunistische Partei, die einzige Partei des revolutionären Proletariats. Heber die Schaffung und Führung dieser proletarischen Einheitsfront mit Renegaten des revolutionären Proletariats und Agenten des Sozialfaschismus zu verhandeln, kann nur in den Händen der führenden revolutionären Einheitsfront stehen.

Peuna-Direktion will Arbeiter einfangen

Die ungeheuren Produktionssteigerungen in der imperialistischen Kriegsvorbereitung Peuna haben die Werkleitung zu raffinierten Maßnahmen veranlaßt. Am letzten Lohnzuge erfolgte eine Umgegruppierung der Arbeiter nach den verschiedenen Stufen der Betriebszulagen. Einzelne Handwerker bekommen dadurch bis zu 20 Pfennig pro Stunde mehr. Es handelt sich dabei um Arbeiter, die an den wichtigsten Produktionsstellen stehen. Die Betriebsleitung hat eine genaue Auslese unter den Arbeitern getroffen.

Dieses Manöver der Peuna-Direktion zeigt, wie sehr die Unternehmer die Kampffront der Arbeiter fürchten. Sie versuchen sie zu lockern, indem sie ihnen von den Millionenverdienenden Bänden hinstreichen. Arbeiter, laßt euch nicht durch solch ein zynisches